

**Dieses steht im Schlusskapitel meines Buchs „Deutschland – die Dritte Industrielle Revolution“ – Redaktionsschluss August 2010:**

## **Der Nordeuro**

Wenn man fragt, was zu tun ist, um die Armut in Deutschland zurückzudrängen und das Land wieder auf die vorderen Plätze im Pro-Kopf-Einkommens-Ranking zu bringen, und auch im HDI erfolgreicher zu sein, dann schließe ich an mein Buch „Gemeinsames Geld ist gemeinsames Schicksal“ aus dem Jahr 2003 und an die Ausführungen zum Euro im vorhergehenden Kapitel an. Nach dem Gesagten und mit Blick auf die Gefahren, die in der starken Währung für die schwachen Volkswirtschaften liegen, und mit Blick auf den Wandel, den die EU von einer Wettbewerbsgemeinschaft zu einer Transfergemeinschaft gemacht hat, die zu Lasten der starken Volkswirtschaften geht, muss die Währungsunion, wie sie seit 1992 umgesetzt worden ist, überprüft werden.

Die Deutschen haben, als der Euro im Januar 1999 eingeführt wurde, ein hohes Maß an Stabilität ihrer D-Mark und einen hohen Bestand an D-Mark-Ersparnissen in die Europäische Währungsunion eingebracht. Das Eingebachte war und ist das Ergebnis eines halben Jahrhunderts harter Arbeit. Hätten die Deutschen rückwärts geblickt, wäre ihnen dieser Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der geographischen Mitte Europas wohl kaum gelungen. Aber sie haben vorwärts geblickt, jedenfalls in ihrer überwältigenden Mehrheit, und in diesem Blickfeld spielte und spielt die Europäische Gemeinschaft eine ebenso wichtige Rolle wie die NATO, die die politische Freiheit Deutschlands garantierte und garantiert. Es hat sich aber gezeigt, dass die Kritiker des Euro Recht behalten haben. So trägt Deutschland hohe Lasten, die durch die Vorteile nicht aufgewogen werden. Diese ständigen Lasten wie steigende Zinsen, interne Abwertung und Abgabe unseres Außenhandelsüberschusses sind im vorhergehenden Kapitel beschrieben worden. Außerdem trägt Deutschland die Hauptlast in der aktuellen Griechenland-Krise. Auch hier haben wir mit unseren Prophezeiungen Recht behalten. Griechenlands Finanzkrise war seit Langem absehbar. Schon Ende der 1990er Jahre gab es Warnungen, ein Land mit derartigen Wettbewerbsschwächen und hoher Staatsverschuldung in die Währungsunion aufzunehmen. Auch ich warnte. Doch die EU glaubte sich in der Pflicht, Griechenland aufnehmen zu müssen. Sie meinte, das ganze Projekt Währungsunion sei gefährdet. Schließlich waren mit Italien und Belgien Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft ähnlich hoch verschuldet. Wohl wegen der Warnungen aus Wirtschaftskreisen vor der desolaten wirtschaftlichen Situation des Landes hatte Griechenland auch noch die Defizitzahlen frisiert, um sich seinen Beitritt zur Europäischen Währungsunion zum 1. Januar 2001 zu erswindeln. Bereits im Dezember 2004 wiesen die EU-Finanzminister auf bedenkliche Versäumnisse bei der Kontrolle durch die europäischen Institutionen hin. Doch obgleich Griechenland Defizit-Sünder blieb, stellten die europäischen Finanzminister im Juni 2007 ein Verfahren gegen das Land ein. Im Herbst 2008 nach der Pleite des Wall-Street-Hauses Lehman Brothers deutete sich an, dass Griechenland wahrlich zum Problem für die Eurozone werden könnte. Die Finanzminister der Euro-Länder waren schon Anfang Juli 2009 informiert, dass das Defizit auf einen Wert von über zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zusteuern würde. Ende September stürzte die Börse in Athen um sechs Prozent ab, und zum

Jahresende warnte Lucas Papademos, EZB-Vizepräsident und selbst Grieche, dass die steigenden Zinsen für griechische Anleihen Anlass zur Besorgnis seien. Im Oktober 2009 revidierte die neue griechische Regierung die Staatsverschuldung nach oben: auf 12,7 Prozent. Was nun geschah, zeigt auch, dass die EU mit der Einheitswährung in Krisenfällen überfordert ist: Es passierte nämlich sehr wenig. Am 16. Dezember 2009 stufte Standard and Poor's als zweite Rating-Agentur die Kreditwürdigkeit Griechenlands herab, worauf mehr und lauter über eine nahende Staatspleite spekuliert wurde. Daraus resultierte ein höherer Risikoaufschlag auf griechische Staatsanleihen, und der Euro gab nach. Aber selbst jetzt schritt Europa nicht ein, und im Laufe des Jahres 2009 wurde deutlich, dass es nicht nur um Griechenland ging. Auch Irland, Spanien und Portugal rangen mit hohen Schulden und steigenden Zinsen für ihre Staatsanleihen.<sup>1</sup>

Anfang 2010 endlich wurde der Presse und einigen Politikern die Bedeutung dessen, was sich hier zusammenbraute, bewusst. Griechenland stand kurz vor der Pleite, Kredite bekam das Land nur noch gegen hohe Zinsen. Die griechische Regierung brachte trotz zunehmender Streiks ein Sparpaket für 4,8 Milliarden Euro – zwei Prozent der Wirtschaftsleistung – durchs Parlament, und die Europäer garantierten, dem Land zu helfen. Um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden, beschlossen die Mitgliedsländer der Eurozone am 25. März 2010 einen Notfallplan, der eine freiwillige Hilfe dieser Länder und Kredite des Internationalen Währungsfonds vorsieht. Dabei tragen die Eurozoneländer 80 Milliarden Euro und der IWF steuert einen Kredit von 30 Milliarden Euro bei. Von den 80 Milliarden Finanzhilfe der Euroländer übernimmt Deutschland 22,4 Milliarden, davon 8,4 Milliarden Euro für das erste Jahr. Am 3. Mai kam noch Hilfe von der EZB, die erstmals in ihrer Geschichte Staatsanleihen von Griechenland ankauft. Am Sonntag, den 10. Mai 2010, beschlossen die Finanzminister der Eurozone in Brüssel zusätzlich ein gemeinsames Euro-Rettungspaket, da auch andere EU-Länder in finanzielle Schieflage geraten waren. Deutschland leistete seinen Beitrag zum Europäischen Stabilisierungsmechanismus, indem es als erstes Land die gesetzlichen Grundlagen schuf. Am 22. Mai 2010 wurde das Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus beschlossen, was einen Nachtrag zum Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz darstellt. Der Euro-Rettungsschirm hat einen Umfang von 750 Milliarden Euro und stützt sich auf vier Säulen: Erstens den IWF, der Kredite in Höhe von 250 Milliarden Euro gewährt. Zweitens die EU-Kommission, die mit Krediten ihres Notfallfonds aus dem Gemeinschaftshaushalt als erste wirkt und 60 Milliarden Euro beisteuert. Drittens die Euro-Länder, die mit unterschiedlich hohen Anteilen für Kredite garantieren, die von einer sogenannten „Zweckgesellschaft“ am Kapitalmarkt aufgenommen werden sollen, um sie dann an die bedrohten Länder weiterzureichen.

Der jeweilige Anteil der Mitgliedsländer der Euro-Gruppe richtet sich dabei nach der Höhe ihres Kapitalanteils an der Europäischen Zentralbank. Deutschland garantiert hierbei für den größten Kreditanteil: 123,2 Milliarden Euro. Dieser Anteil kann allerdings bei besonderem Bedarf um 20 Prozent auf 148 Milliarden Euro steigen. Schließlich beteiligt sich die EZB, indem sie zusagt, Staatsanleihen der in Schwierigkeiten geratenen Euroländer aufzukaufen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup>Griechenland-Krise: „Alle wussten, was schiefliegt“, in: DiePresse.com, 16.02.2010, [diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/540030/index.do](http://diepresse.com/home/wirtschaft/boerse/540030/index.do); Griechenlands Weg in die Krise – und wieder hinaus, in: tagesschau.de, 20.05.2010. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland640.html>.  
<sup>2</sup>n-tv, 21.05.2010: <http://www.n-tv.de/politik/Euro-Rettungspaket-beschlossen-article882950.html>; manager magazin, 10.05.2010, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,693902,00.html>.

Nun könnte man überlegen, ob ein Vergleich mit den Schwierigkeiten Deutschlands nach dem Krieg und den aktuellen von Griechenland möglich ist. Die Frage wäre anzuschließen, ob wir doch mit mehr Nachsicht und Großzügigkeit auftreten sollten. Aber zum einen war Deutschland seinerzeit mittelfristig zahlungsfähig. Zum anderen wurde mit dem Schuldenabkommen ein Fundament geschaffen, auf dem sich Deutschland zu einem Wirtschaftsmotor Europas entwickeln konnte. Im Falle Griechenlands ist es dagegen eher so, dass wir nur an einem Symptom therapieren und die Ursache, nämlich den Euro mit seinem für die griechische Volkswirtschaft unüberwindbar hohen Außenkurs, unbehandelt lassen, sodass auch in Zukunft mit Schwierigkeiten zu rechnen sein wird. Was Kritiker der Währungsunion befürchtet hatten, dass durch den Wegfall der Wechselkurse eine Transferunion entstehen würde, ist nun eingetreten. Die gut wirtschaftenden Länder müssen den schlechter wirtschaftenden Südländern mit Transferzahlungen aushelfen.<sup>3</sup> Aus der Wettbewerbsgemeinschaft, die Europa nach dem Krieg voran bracht hatte, ist nun endgültig eine Transfergemeinschaft geworden. Das ist ein entscheidender Unterschied. Zusammen mit den vier bereits genannten Professoren Hankel, Nölling, Schachtschneider und Starbatty habe ich beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsklage gegen die Finanzhilfen Deutschlands für Griechenland, das sogenannte Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz sowie gegen den Rettungsschirm der EU und der Mitgliedsstaaten des EU-Währungsraumes eingereicht. Grundlage der Klage ist, dass Finanzhilfen in den EU-Verträgen nicht vorgesehen und daher „ausbrechende Rechtsakte“ sind. Sie übersteigen die Ermächtigungen der Union und sind nicht demokratisch legitimiert. Dem gemäß greift der Grundrechtsschutz des Art. 38 Abs. 1 GG, wonach die Bürger ein Recht auf demokratische Legitimation auch der Integrationspolitik haben. Das demokratische Prinzip schützt auch den Kern der Verfassungsidentität.

Im politischen „Mai 2010“ ist deutlich geworden, wie der Bürger entmündigt wird und wie Verträge missachtet werden.<sup>4</sup> Tatsächlich ist die Idee, den Euro zumindest in einigen Ländern der EU aufzugeben, nicht so abwegig. Konkrete Vorschläge aus dem Kreis der bereits bekannten Euro-Kritiker kommen diesbezüglich z. B. von Hankel. Er fordert, die EU-Währung kontrolliert abzuwickeln. Dabei geht es ihm nicht um Abschaffung, sondern um den Umbau der Euro-Zone. Sie sollte nur die Länder umfassen, die wirtschaftlich zusammenpassen und solide sind. Nach Hankel wäre es die vernünftigste Lösung, „die Euro-Zone um die Problemstaaten zu bereinigen. Sie sollten austreten. Dann könnten sie sich mit eigener Währung entschulden, abwerten und mit den Gläubigerbanken über Schuldenerlass und -streckung sprechen. Alle Schuldenkrisen der Vergangenheit wurden so gelöst. Die Euroländer könnten aufatmen. Doch mit der Schuldenbombe an Bord des Euro-Schiffes ist alles möglich – sogar, dass der Dampfer untergeht.“<sup>5</sup>

Wenn wir den Euro anheim geben oder nur einige ausgewählte Staaten Teilnehmer der Euro-Währung bleiben würden, dann wäre die Europa-Idee keineswegs gefährdet. Sie könnte unter bestimmten Voraussetzungen weiter vorangebracht werden, wie in den Jahrzehnten zuvor mit

---

3 Die Euro-Kritiker sind noch nicht verstummt, in: Handelsblatt, 30.12.2008.

4 Vgl. Hankel, Wilhelm: „Verfassungsklage gegen die Griechenlandhilfe“. Presseerklärung, 07.05.2010, [www.dr-hankel.de/2010/05/07/verfassungsklage-gegen-die-griechenlandhilfe-presseerklarung/](http://www.dr-hankel.de/2010/05/07/verfassungsklage-gegen-die-griechenlandhilfe-presseerklarung/). Siehe auch: „Euro-Rebellen“ klagen gegen Griechenland-Hilfe, in: DIE ZEIT, 07.05.2010.

5 Hankel, Die Euro-Zone bereinigen; Elsässer, Jürgen: Der Euro kann in dieser Form nicht überleben, in: der Freitag, 20.03.2009.

dem System der D-Mark. Das ist für mich ein sehr wichtiger Punkt, welchen ich als Europäer und Freund der Europäischen Integration nicht stark genug betonen kann: Das Projekt Europa läuft aber Gefahr, zu scheitern, gerade weil wir zu schnell sind, und momentan noch Unvereinbares zusammenschließen. Auf der Währungsebene sind manche Volkswirtschaften noch nicht so weit, und der enge Zusammenschluss gefährdet die ganze Vision eines geeinten und friedlichen Europa.

Der Historiker und Politikwissenschaftler Arnulf Baring, der die aktuelle Krise vor allem am Euro und dem Nord-Süd-Gefälle fest macht, plädierte jüngst ebenfalls für einen Ausstieg „aus diesem Euro, um einen stabilen Euro, einen Nord-Euro zu haben“.<sup>6</sup>

Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hält zwar einen völligen Zerfall der Gemeinschaftswährung und die Rückkehr zu den alten Währungen für unwahrscheinlich, doch könnte die Währung in zwei Gruppen unterteilt werden.<sup>7</sup>

Konkreter wurde der Schweizer Ökonom Franz Jaeger. Seiner Meinung nach habe die EU keine andere Wahl. „Sie muss die Idee eines Währungsraums aufgeben und je einen Nord-Euro und einen Süd-Euro einführen.“<sup>8</sup> Für den St. Galler Wirtschaftsprofessor und Geldpolitik-Spezialisten gibt es nur noch einen Weg aus der Euro-Krise: „Die Spaltung der Währung“, da das Gefälle zwischen dem Süden und dem Norden Europas immer größer wird, womit die Voraussetzungen eines funktionsfähigen Währungsraumes nicht mehr gegeben sind. Im Euro-Raum fehle es an zwischennationaler Mobilität der Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Wissen. Es mangle an Flexibilität von Märkten, Preisen und Löhnen. Und auch die wirtschaftspolitischen Prioritäten würden auseinander driften. Dem Nord-Euro würden die Länder Belgien, Deutschland, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Slowakei und Finnland angehören und dem Süd-Euro Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Malta, Portugal und Slowenien. Nur auf diese Weise könne der Norden zu seiner Stärke zurückfinden, eine Stärke, die es ihm überhaupt erst ermögliche, für den Süd-Euroraum ein prosperierender und damit wichtiger Partner zu sein. Eine solche Teilung würde Südeuropa in die Lage versetzen, die Ungleichgewichte gegenüber dem Norden und der übrigen Welt unter anderem über eine Abwertung der eigenen Währung auszugleichen. Mit politischem Widerstand sei zu rechnen. „Aber was bleibt am Ende der EU anderes, als sich zur Schadenbegrenzung mit der am wenigsten schlechten Lösung zu retten?“, so Jaeger.<sup>9</sup> Nicht nur Ökonomen sprechen sich für die Spaltung in zwei EUWährungszonen aus. Auch in der Politik wird bereits auf höchster Ebene über einen Zwei-Klassen-Euro nachgedacht. Das meldete zumindest der Daily Telegraph. Federführend seien hier Frankreich und Deutschland. „A European official has told The Daily Telegraph the dramatic option was being examined at cabinet level“, hieß es im Juni 2010. Die Bildung einer Super-Euro-Zone würde nach diesen Plänen anfänglich Frankreich, Deutschland Holland, Österreich und Finnland umfassen. Französische und deutsche Beamte hätten etliche Monate damit verbracht, zu prüfen, wie man die leistungsschwachen Staaten aus der Eurozone ausschließen könne. Am Ende waren sie sich einig, dass dies nicht machbar sei. Deshalb sei ein zweigeteiltes Währungssystem in der 16 Mitglieder umfassenden Euro-Zone betrachtet worden. Das Ergebnis: Um den

---

6 Maischbergers Stammtisch-Runde zum Köhler-Rücktritt, in: Die Welt, 02.06.2010.

7 Gibt es bald einen Nord-Euro und einen Süd-Euro?, in: krone.at, 23.05.2010,

[www.krone.at/Welt/Gibt\\_es\\_bald\\_einen\\_Nord-Euro\\_und\\_einen\\_Sued-Euro-Waehrungskrise-Story-201289](http://www.krone.at/Welt/Gibt_es_bald_einen_Nord-Euro_und_einen_Sued-Euro-Waehrungskrise-Story-201289).

8 Könnte die Spaltung der Währung den Euro aus der Krise führen?, in: Tagesanzeiger, 02.05.2010.

9 Ebd.

Zusammenbruch zu vermeiden, müssten drastische Maßnahmen ergriffen werden, auch wenn die Durchführung kurzfristig schwierig erscheine. Griechenland konnte relativ billig geholfen werden, aber man könne es sich nicht leisten, Spanien in Konkurs gehen zu lassen oder dem Land mit Bürgschaften zu helfen. Auch könne man den Druck auf die Bevölkerungen von Frankreich und Deutschland nicht weiter erhöhen, um andere Länder zu retten – das sei politisch nicht möglich. Ein Weg, die wohlhabenderen nordeuropäischen Länder zu schützen und den verschuldeten südeuropäischen Ländern zu helfen, wäre für Deutschland, eine bestimmte Gruppe von Ländern aus dem Euro herauszuführen, das heißt, eine neue Währung müsste neben der alten etabliert werden. Der alte Euro würde natürlich scharf gegen die neue von Deutschland und Frankreich dominierte Währung abfallen, aber beide, sowohl Nord- als auch Süd-Europäer, würden profitieren. Die nördlichen Wirtschaften wären vor der „Schulden-Seuche“ geschützt, und den südlichen Ländern bliebe der Schrecken des Rauswurfs erspart. „The euro zone debt crisis has a long way to run“, sagte ein führender EU-Unterhändler. „No one knows where it is going to end up. Only one thing is sure, the euro zone will change.“<sup>10</sup>

Inzwischen schreiben wir Oktober 2011. Im Juli ist ein zweites „Griechenland-Paket“ mit €109Mrd über die politische Bühne gegangen, und am 29. September verabschiedete der Deutsche Bundestag den Europäischen Hilfsfonds EFSF, begrenzt auf €780Mrd mit einem deutschen Anteil von €211Mrd. Noch ist er nicht Gesetz, und schon streiten Politiker über seine wundersame Vermehrung. Paris hätte gern seine Ausgestaltung als Bank. Dann wäre die genannte Summe Eigenkapital einer Bank, und der Geldvermehrung wären, zumal mit Hilfe der EZB, keine Grenzen mehr gesetzt. All solches kann ich nur als arglistig bezeichnen. So ist keine gemeinsame Währung mehr zu machen.

Meine Meinung ist, dass es für uns Deutsche keine Alternative zum Ausstieg gibt. Wenn nicht diese Krise dazu führt, dann die nächste. Am Ende des ökonomisch, politisch und moralisch unvertretbaren Währungsexperiments wird allerdings eine Belastung der Deutschen stehen, die uns empfinden lässt, wie es ist, wenn man zwei Jahre oder länger nur für Gottes Lohn gearbeitet hat. Diese Last können wir nicht auf den Schultern derjenigen austragen, die sich nicht wehren können. Vielmehr brauchen wir eine außerordentliche industrielle Anstrengung, um diese Belastung im Laufe vieler Jahre aufzuarbeiten. Industrielle Anstrengung und eine Lösung der Euro-Frage gehen Hand in Hand. Es muss zu einer neuen Synthese zwischen unserer Realwirtschaft und der für sie gültigen Währung kommen. Allein das Wissen jedes Einzelnen, für sich selbst zu arbeiten und nicht für den Transfer innerhalb der Euro-Staaten, wäre eine Voraussetzung für die Anstrengung. Ökonomisch optimal wäre eine eigenständige Währung, wie immer man sie nennen würde. Denn dann hätte jeder Bürger die Gewähr, dass die Früchte seiner Arbeit in Deutschland bleiben, und zwar nachvollziehbar und nachprüfbar. Bei dieser Variante würde die EU neu ausgerichtet, nämlich wieder zu einer Wettbewerbsgemeinschaft, und das Eurosystem würde aufgelöst. Wie gesagt – eine „Standalone- currency“ wäre für Deutschland die in jeder Hinsicht beste Lösung. Wir dürfen und sollten auch in dieser Hinsicht auf die dm-Zeit zurückblicken, die uns so viele Erfolge gebracht hat. Hätte man für Deutschland eine neue Währung etabliert (nennen wir sie „Euromark“), sollte diese offen sein für eine noch zu definierende Gemeinschaft mit

---

<sup>10</sup> Spillius, Alex/Waterfield, Bruno: Germany and France examine ‚two-tier‘ euro, in: Daily Telegraph, 19.06.2010.

benachbarten Volkswirtschaften, die wirtschaftlich-kulturell ähnlich ausgerichtet sind wie wir. Das betreffe in erster Linie Länder mit Überschüssen im Außenhandel. . Bei einer solchen Lösung bliebe Deutschland oberster „Anschaffer“, indem es bei der Poolung der Export-Überschüsse die größten Beiträge in den Pool einzahlen würde. Aber die anderen würden gleiches tun, und also würde diese neue Gemeinschaftswährung gegenüber der Welt zur Aufwertung tendieren – die sicherste Erwartung, um den Massenwohlstand zu mehren, siehe die DMark ab Oktober 1969. Wer hingegen strukturelle Außenhandelsdefizite hat, muss abwerten. Dies führt jeden Beteiligten zu einer Verbesserung seiner „Terms of Trade“, und die Beteiligung des einzelnen Bürgers an den Früchten der Außenwirtschaft ist auf keine andere Weise so glücklich und gerecht zu erreichen wie auf diese. Nicht ohne Grund hatte der Bürger der Bonner Republik seine höchste Kaufkraft 1989/90. Diese Lösung hat den großen Charme, den Nord-Euro unter ständigen Aufwertungsverdacht zu stellen, was die Zinsen senkt. Wieder zu Kapitalkosten zurückzukehren, die der eigenen Leistung entsprechen, wäre ein wichtiger Teil unserer „Dritten Industriellen Revolution“. Unsere Politiker sollten einen Blick werfen auf die Schaffung des deutschen Währungs- und Finanzwesens ab 1871, vor allem auf die ersten fünf Jahre. Diese Jahre standen am Anfang der längsten Friedenszeit, die Europa bis dahin erlebt hatte. Buchstäblich alle europäischen Staaten hatten Nutzen davon, dass in Deutschland eine funktionierende Goldmark herrschte. Wir kommen also nicht daran vorbei, für Deutschland erneut ein Währungs- und Finanzwesen zu schaffen, das der Realwirtschaft dient, wie schon ab 1871 und wie schon ab 1948. Und unsere Europa-Partner müssen sich von uns sagen lassen, dass es eine unglaublich leichtfertige Annahme war (und ist), andere Länder ließen sich von heute auf morgen durch einen Akt politischen Willens auf ein dm-Währungssystem umstellen. Das galt und gilt nur für die ganz nahen Nachbarn, über deren Mitgliedschaft in einem Nord-Euro ich mich auch heute freuen würde. Aber Griechenland & Co erinnern eher an die dm-Einführung in der DDR – nur eben ohne die dafür unerlässlichen außerordentlichen Anstrengungen und Eigenleistungen der „neuen“ Währungsgebiete. Vergessen wir nicht: Der erprobte Europäer Helmut Schmidt nennt die EU27 heute „Blödsinn.“ So geschehen am 4. August 2010 in der ARD.<sup>11</sup>

---

<sup>11</sup> <http://www.sueddeutsche.de/medien/ard-politikerfilm-von-stephan-lambyschattenboxen-in-der-fabriksteinbrueckteilt-aus-1.982227-2>. Der Focus berichtete am 1.8.2010 über ein Gespräch Schmidts mit dem ehemaligen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück im NDR. Schmidt kritisierte die Erweiterung der Europäischen Union: „In der Maastrichter-Konferenz waren wir zwölf Mitgliedsstaaten. Dann wurden wir 15 und dann wurden wir 20 und 26 und 27. Das ist alles Blödsinn.“